

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Konkurs in Raten

I

Die Ära Adenauer geht so grau, so krisenhaft und unrühmlich zu Ende, wie es sich nicht einmal die hellstichtigsten und schärfsten Kritiker des bisherigen Bundeskanzlers vorgestellt haben mögen. Die staatspolitisch desaströse, für seine eigene Partei peinvolle Halsstarrigkeit des 87jährigen, die in den vergangenen Monaten die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik beherrscht hat, ist, gemessen an den nach einer Lösung verlangenden sachlichen Problemen, nur eine Erscheinung von sekundärer Bedeutung, die freilich bis heute wesentlich dazu beigetragen hat, jene entscheidenden Probleme zu verschleiern. Mit der, wie man, durch Erfahrung gewitzigt, sagen möchte, vorläufig - endgültigen Berufung Prof. Erhards zum Kanzler-Nachfolger ist das personelle Problem vorerst gelöst — umso deutlicher werden nun die Konturen der Sachprobleme, vor denen der Nachfolger steht.

Von dem Mythos Dr. Adenauers ist nicht mehr viel geblieben. Und das nicht etwa nur wegen des hohen Alters und Alters-Starrsinns des Mannes, sondern wegen der von Tag zu Tag klarer erkennbar werdenden Fragwürdigkeit seiner *g a n z e n* politischen Konzeption. Das besagt, daß nicht etwa nur der Adenauer von heute, sondern auch der von gestern und vorgestern seinen Nimbus verliert. Man täuscht sich über die geschichtlichen Zusammenhänge, wenn man die „historischen Verdienste“ des Adenauer von gestern der „Konzeptionslosigkeit“ des Adenauer von heute gegenüberstellt; jene frühere Konzeption selbst hat zu dem heutigen Debakel geführt.

Position um Position der bisherigen Bundesregierung zerfällt. Das Fiasko der antisowjetischen Aufrüstungspolitik hat sich schon früh abgezeichnet; es steht heute bereits außer Diskussion. Mag die Bundesregierung diese Politik selbst noch immer fortsetzen, Argumente für sie finden nicht einmal mehr die eifrigsten Apologeten des Regimes Adenauer. Und es muß für dies Regime wahrlich bestürzend sein, daß auch schon seine besten publizistischen Hilfstruppen den Dienst zu verweigern beginnen: der Fall Sebastian Haffner ist wie kaum irgend etwas anderes ein Symptom für den Zusammenbruch der bisherigen außenpolitischen Konzeption Bonns. Haffner, einer der scharfsinnigsten Analytiker der deutschen Politik, gehört heute zu den schärfsten Kritikern des Adenauer-Kurses und hat erst kürzlich wieder in einem bemerkenswerten Fernseh-Gespräch mit dem Schweizer Dr. Hans Fleig eine Neuorientierung der Bonner Außenpolitik gefordert (Panorama vom 22. April).

Zu dem Debakel dieser Ost- und Deutschland-Politik der Ära Adenauer sind in den letzten Monaten in immer stärkerem Maße innerwestliche politische und wirtschaftliche Differenzen, militärpolitische Unstimmigkeiten und Widersprüche hinzugekommen. Und damit nicht genug: auch die Innen-, Wirtschafts- und Sozial-Politik der Bundesrepublik ist in Bewegung geraten. Aus alledem ergibt sich, daß wichtiger noch als die Frage nach einem neuen Mann längst die nach einem neuen *K u r s* geworden ist — und jeder neue Mann wird sich politisch erst legitimieren müssen durch eine solche neue Konzeption.

II

Prof. Erhard ist gerade in dem Augenblick zum Kanzler-Nachfolger proklamiert worden, da auch sein politisches Prestige schon wesentlich abgenutzt ist. Das sogenannte „Wirtschaftswunder“ begründete den Nimbus Erhards. Es ist kein Zufall, sondern entspricht einer inneren Logik der Ereignisse, daß nach dem außenpolitischen nun auch der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Mythos der Bundesrepublik sich auflösen und eine durchaus widerspruchsvolle und spannungsreiche Wirklichkeit erkennbar wird. Und wenn über die mögliche Kanzlerschaft Prof. Erhards eines sich heute schon sagen läßt, so dieses: der Bundeskanzler Erhard wird nicht einfach die Politik des Wirtschaftsministers Erhard fortsetzen können.

Diese Erhard'sche Wirtschaftspolitik, die man heute weithin sehr viel nüchterner zu betrachten beginnt als in den Jahren der „Wirtschaftswunder“-Euphorie, ist der Hintergrund des Lohnstreiks der IG Metall, der Anfang Mai das innenpolitische Hauptthema der Bundesrepublik war. Denn sie hat nicht allein zu einer außerordentlichen Ausweitung der Produktions-Kapazitäten einerseits, der Konsumkraft andererseits, sondern auch zu einer staatspolitisch nicht unproblematischen sehr einseitigen Verteilung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, von daher aber auch politischen Macht in der Bundesrepublik geführt. Von ihr hat schon 1958 ein keineswegs „linksstehender“ Beobachter der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung seit 1948 gesagt:

„Man wird kaum von der Wahrheit abweichen, wenn man feststellt, daß nach zehn Jahren sozialer Marktwirtschaftstheorie der Fiskus und die großen Kapitalgesellschaften reicher, das Volk in seiner Gesamtheit ärmer ist als vor dem Krieg. Ein Teil des relativen deutschen Wirtschaftswunders ist rein optisch dadurch bedingt, daß die Bundesrepublik den neuen Reichtum in das öffentliche Schaufenster gestellt hat (JuliuSturm und Vocketurm) und die unzureichende Vermögensbildung der Bevölkerung im Dunkeln läßt, während die anderen Länder die Vermögensbildung in der Bevölkerung kräftig unterstützen und in das Schaufenster die öffentlichen Schulden stellen. Dadurch kommt das kuriose Ergebnis zustande, daß eine christlich-demokratische Regierung, die ununterbrochen das Bekenntnis zu Privateigentum und Sozialstaat im Munde führt, in Wirklichkeit den Reichtum bei der öffentlichen Hand und den großen Kapitalgesellschaften konzentriert hat (und damit in die Nähe administrativ gelenkter totalitärer Staaten gerät), während die Vertreter kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien (USA) den sozialen Reichtum breit verteilen, und sozialistisch regierte Länder (wie ztw. England, Frankreich, skandinavische Länder) die private Vermögensbildung auf Kosten der Verschuldung im öffentlichen Sektor fördern. Die Akkumulation der Reichtumsbildung in der Zehnjahresperiode 1949/57 ist in der Bundesrepublik genau nach den Erwartungen von Karl Marx erfolgt und nicht nach den Theorien von Ludwig Erhard.“ (Anton Reithinger, „Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand“, Frankfurt am Main 1958, Seite 25 ff.)

Und derselbe Autor stellt fest:

„Das deutsche Steuersystem begünstigt die Selbstfinanzierung der Großunternehmen zu Lasten des Mittelstandes und der Allgemeinheit. Die Ausschüttungspraxis der Verwaltungen macht im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in anderen Ländern davon in so konsequenter Weise Gebrauch, daß maßgebende Unternehmungen der deutschen Ausfuhrindustrie im Verlauf weniger Jahre das Mehrfache ihres Aktienkapitals neu investiert haben, während sie nur Bruchteile von 5 bis 10 % der wirklich erzielten Gewinne an die Anteilseigner ausschütten. Die deutsche Großindustrie hat auf diese Weise seit der Währungsreform eine Größenordnung von mindestens 100 Mrd. DM zusätzlich über den Preis und die Steuerersparnis aufgebracht.“

Dieser Trend ist in den seit dem Erscheinen der bemerkenswerten Studie von Dr. Reithinger vergangenen Jahren nicht etwa schwächer, sondern noch stärker

geworden. Die IG Metall unter der Führung von Otto Brenner macht kein Hehl daraus, daß sie sich gewissermaßen als das (letzte?) „schlechte Gewissen“ der westdeutschen Wirtschafts- und Sozial-Politik versteht. Es geht ihr um eine evolutionäre wirtschaftliche Demokratisierung als Voraussetzung einer wirklichen politischen Demokratie¹⁾. Der Metallarbeiterstreik hat der breiten Öffentlichkeit der Bundesrepublik zum erstenmal eine unmißverständliche Andeutung der vorhandenen Disproportionen in unserer gesellschaftlichen Ordnung gegeben. Nicht zuletzt, das kann nicht verschwiegen werden, durch das Verhalten der Arbeitgeber, die auf den Lohnstreik mit der (seit 1928 in Deutschland nicht mehr angewandten) Totalaussperrung der Arbeitnehmer antworteten. Rein juristisch gelten Streik und Aussperrung als gleichberechtigte Waffen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber im Arbeitskampf. Aber es sollte darüber doch nicht die moralische und gesellschafts-politische Seite übersehen werden. Und hier können Streik und Aussperrung nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden. Der Streik ist ein Kampfmittel der organisierten Abhängigen bei ihrem grundsätzlich gewiß kaum anfechtbaren Verlangen nach wirklich angemessener Beteiligung am Sozialprodukt; die Aussperrung hingegen ist ein Mittel der wirtschaftlich Selbständigen, gesellschaftlich Mächtigen, im Bemühen um die Aufrechterhaltung dieser Machtpositionen. Die Unternehmer dokumentieren gerade durch die Aussperrung, daß sie über andere „verfügen“ können. Es verdient in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des als katholischer Sozialphilosoph hochangesehenen, für die katholische Betriebsseelsorge im Dortmunder Raum verantwortlichen Jesuitenpaters Clemens Brockmöller Erwähnung. Er erklärte (laut Stuttgarter Zeitung vom 7. Mai), die Aussperrung von Belegschaften nicht bestreikter Betriebe stehe im Widerspruch zu den Lehren der päpstlichen Enzykliken.

Es ist schon vor einigen Monaten an dieser Stelle (Heft 7/62, S. 496 ff.) auf die unverhohlenen Bestrebungen gewisser Unternehmerkreise hingewiesen worden, die Freiheit der Gewerkschaften in der Bundesrepublik einzuschränken. Und wir haben bei dieser Gelegenheit von der, gerade angesichts der immer bedrohlicher werdenden autoritären und militaristischen Tendenzen in der Bundesrepublik, außerordentlichen staatspolitischen Bedeutung der Gewerkschaften gesprochen. Wenn eines an dem Metallarbeiterstreik Anfang Mai interessant ist und Besorgnis hervorruft, dann die Reaktion eines Teiles der deutschen Öffentlichkeit, der beim ersten härteren Lohnkampf in der Bundesrepublik seit vielen Jahren sogleich nach einer Einschränkung der Streikfreiheit und Tarifautonomie verlangte. Erinnert sei hier nur an die Erklärungen des CDU-Geschäftsführers Dufhues in Saarbrücken, der dort ein deutsches Taft-Hartley-Gesetz befürwortete. Es ist zu erwarten, daß dergleichen Bestrebungen in nächster Zeit, verbunden mit einer starken Propaganda von seiten der Unternehmer, forciert werden. Sie verdienen höchste Aufmerksamkeit, ebenso wie die sozialpolitisch höchst fragwürdigen Bemühungen bestimmter Kreise, die Arbeitszeitverkürzung nicht nur zu bremsen, sondern zum Teil sogar rückgängig zu machen. Eine Gruppe von Abgeordneten der heutigen Regierungsparteien hat kürzlich in diesem Sinne im Bundestag interveniert und die Regierung gefragt, „ob dem Arbeitskräftemangel in der Bun-

1) Auch der bekannte Hamburger National-Ökonom Prof. Dr. Heinz Dietrich Ortlieb kommt zu der Feststellung, „daß unser rascher Wiederaufbau nach dem Kriege mit der Bildung großer neuer Produktivvermögen verbunden war, die sich überwiegend in den Händen einer kleinen Minderheit ansammelten, daß die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger wohl in den Genuß eines steigenden Lebensstandards gekommen, aber kaum in der Lage gewesen war, sich an der Vermögensbildung zu beteiligen.“ (Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962, Seite 72 ff.) Und er weist darauf hin, daß „die soziale Marktwirtschaft als Ideologie nicht zuletzt auf eine Heiligsprechung des Privateigentums und der privaten Unternehmer-Wirtschaft hinauslief.“ (Dasselbst.)

desrepublik nicht im Interesse des ganzen Volkes durch Mehrarbeit begegnet werden müßte." (Handelsblatt vom 18. 3. 1963). Ein solches Ansinnen schon muß sozialpolitische Unruhe schaffen, die sich auch staatspolitisch auswirkt.

Angesichts der oben skizzierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und der auf die derzeitige Wirtschaftspolitik zurückzuführenden erheblichen Konjunkturabschwächung stehen der Bundesrepublik ungeachtet der relativ schnellen Einigung im Metallkonflikt vermutlich heftige gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen bevor. Es wird alles darauf ankommen, daß sie in demokratischen Formen ausgetragen werden; anders gesagt, es dürfen diese innenpolitischen Spannungen den Regierenden nicht zum Vorwand für eine die Demokratie gefährdende Notstandsgesetzgebung werden.

III

Diese mehr und mehr zutage tretende Problematik unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung gehört wie die außenpolitische Misere der Bundesrepublik zum Erbe der Ära Adenauer-Erhard. Es besteht zwischen beidem insofern ein unmittelbarer sachlicher Zusammenhang, als gerade die hinsichtlich ihrer außenpolitischen Zweckmäßigkeit schon längst fragwürdig gewordene Bonner Aufrüstungspolitik sich auch immer mehr als gefährliche wirtschaftliche Hypothek erweist. Denn wenn es heute in der Bundesrepublik besorgniserregende inflationäre Tendenzen gibt, dann sind sie vornehmlich auf die Hypertrophie des Rüstens zurückzuführen. Der Wehretat ist inzwischen auf 18,4 Milliarden DM angestiegen. Eine weitere Erhöhung läßt sich schon jetzt absehen. Sollte es zu der geplanten multinationalen Atomstreitmacht kommen, so wird damit gerade für die Bundesrepublik eine weitere außerordentliche finanzielle Belastung verbunden sein; eine Belastung durch ein Projekt, das, von seiner politischen Problematik ganz abgesehen, schon jetzt rein militärisch höchst umstritten ist.

Beachtet werden müssen in diesem Zusammenhang die in letzter Zeit erheblich stärker gewordenen rüstungs-wirtschaftlichen Bestrebungen der deutschen Industrie, die mehr und mehr dazu übergeht, im Augenblick der Konjunkturabschwächung in vom Staate garantierte Rüstungsaufträge auszuweichen (siehe dazu die Spalte „Aus der Wirtschaft“ in diesem Heft). Nicht weniger interessant ist der Hinweis des Verteidigungsministers von Hassel auf einer Tagung in Bad Boll Ende April, daß die Bundeswehr gegenwärtig bereits für 700 Millionen DM im Jahr Forschungsaufträge an die deutschen Universitäten vergibt. Das läßt erkennen, welches Ausmaß die Rüstungs-Investitionen angenommen haben und in welchem Maße die Aufrüstung mehr und mehr alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt. Ein Blick auf die Verhältnisse in die USA genügt, um der von dieser mittelbaren Militarisierung der Hochschulen ausgehenden Bedrohung der Freiheit von Forschung und Lehre inne zu werden. Die Forschungsaufträge sollen, wie Herr von Hassel deutlich zu verstehen gab, als eine Art Köder dienen — das ganze Elend dieser Bundesrepublik läßt sich daran exemplifizieren, daß die nicht zuletzt infolge des einseitig rüstungspolitischen Interesses der Bundesregierung so ungeheuer vernachlässigten Universitäten nun ausgerechnet auf dem Umwege über Bundeswehr-Forschungsaufträge finanziell „gefördert“ werden...

So unverkennbar der Zusammenbruch der bisherigen Bonner Außenpolitik ist, es darf nicht übersehen werden, daß diese Politik durchaus noch nicht „abgeblasen“ ist. Ganz besonders gilt das von der Aufrüstung. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, in welchem Maße sie sich gegenüber dem rein Politischen verselbständigt hat. Es gibt offensichtlich gerade im Augenblick Bestrebungen, diese Verselbständigung gleichsam zu institutionalisieren. Wir sprechen von den Bemühungen einer Offiziersgruppe, das Verteidigungsministerium im Sinne einer

Übertragung der Kommandogewalt an die Inspekture der drei Waffengattungen zu reorganisieren. Die Bundeswehr soll autonom werden gegenüber der politischen Führung. Offenbar halten bestimmte Kreise die Stunde für günstig, zeigt doch die Bundesregierung im Moment ihre ganze innere Schwäche. Zum anderen mag der Blick in die Zukunft solche gefährlichen Pläne mitbestimmen — den Militärs kann nicht verborgen geblieben sein, daß am Ende der Ära Adenauer mit der bisherigen Außenpolitik auch die Aufrüstung fragwürdig geworden ist und in den nächsten Monaten wieder stärker als bisher umstritten sein wird. Vermutlich wollen die „Autonomisten“ sich noch rechtzeitig sichern gegen eine mögliche neue, nicht mehr auf unbegrenzte Aufrüstung eingeschworene politische Gesamtkonzeption.

Auch die verstärkten Bemühungen der Bundeswehr um Kontakte zu den Hochschulen, wie etwa auf der erwähnten Tagung in Bad Boll, sollen vor allem die psychologische und ideologische Etablierung des militärischen Apparates nicht mehr nur im Staate, sondern auch in der Gesellschaft fördern. Offensichtlich stößt das Militär nach wie vor, ja im Augenblick wieder mehr als in den letzten Jahren, auf Zurückhaltung und Skepsis. Das bestätigen vor allem die in letzter Zeit immer wieder vernehmbaren Lamentationen von militärischer Seite, die Bundeswehr werde in Stat und Gesellschaft nicht genügend anerkannt. Man wünscht, daß die Aufrüstung endgültig als „selbstverständlich“ akzeptiert wird. Mit dem allgemeinen Begriff „Landesverteidigung“ soll diese bestimmte Militarisierung der Bundesrepublik gerechtfertigt werden. Aber gerade das ist heute weniger denn je möglich. Nach alledem, was in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und durch Deutschland geschehen ist, kann uns eine Aufrüstung niemals mehr „selbstverständlich“ sein. Vollends nicht im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen und der Teilung Deutschlands. Die sogenannte Landesverteidigung hat gerade für uns Deutsche ein für allemal ihre geschichtliche Unschuld verloren! Das sagen, heißt nicht etwa jede Landesverteidigung unbedingt ablehnen, und es bedeutet nicht einmal prinzipielle Gegnerschaft gegen die Bundeswehr, wohl aber bedeutet es, daß uns eine völlige Unbefangenheit dem Militärischen gegenüber nicht mehr möglich ist. Erst recht nicht nach den außen-, innen- und nun auch wirtschaftspolitischen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren mit der nach atomaren Waffen strebenden und auf eine Total-Militarisierung der Bevölkerung drängenden Bundeswehr gemacht haben²⁾.

So kann man denn nur mit größtem Mißtrauen alle offenen oder versteckten Bestrebungen verfolgen, gerade jetzt das, was höchstens noch Ausnahme sein kann, wieder zur Regel, d. h. zum völlig Selbstverständlichen zu machen. (Und gerade je mehr die Bundeswehr selbst verlangt, als „selbstverständlich“ akzeptiert zu werden, desto stärker werden gewiß auch die Tendenzen einer prinzipiellen Gegnerschaft gegen sie werden!)

²⁾ Alarmierend sind neuerdings Pläne des Verteidigungsministeriums für eine Frauen-Dienstpflicht. Sie würde dem Artikel 12 des Grundgesetzes widersprechen — was aber die Initiatoren solcher Projekte nicht etwa zur Zurückhaltung, sondern zu Bemühungen um eine Grundgesetzänderung veranlaßt. So scheut man sich nicht, um fragwürdiger militärischer Bestrebungen willen die Verfassung dieses Staates zu manipulieren! — Und noch etwas anderes aus diesen Tagen, das nicht minder empörend den Geist der Ära Adenauer demonstriert: Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Rollmann hat es als Vorsitzender der „Staatspolitischen Gesellschaft“ abgelehnt, an einer Gedenkstunde zum 25. Todestag des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky in Hamburg teilzunehmen, da wir es uns heute nicht leisten könnten, „Pazifisten durch Gedenkstunden als Vorbilder für das heutige Deutschland herauszustellen.“ (Kölner Stadtanzeiger vom 7. Mai 1963.) Kaum glaublich, aber wahr!

IV

Das Debakel des Regimes Adenauer, das eine Überprüfung nicht nur unserer Außen-, sondern auch unserer Innen-, Wirtschafts- und Sozial-Politik unausweichlich macht und uns nun endlich die Möglichkeit einer längst fälligen sinnvollen Neuorientierung gibt, begünstigt zweifellos die Sozialdemokraten, die denn auch zum erstenmal ernstlich an einen Wahlsieg auf Bundesebene denken können. Die SPD hat unter der Führung Wehners in den letzten zwei Jahren einen teuren Preis bezahlen müssen, um „regierungsfähig“ zu werden. Ja, man kann heute die Frage stellen, ob die größte Oppositionspartei nicht gerade durch diese forcierte Anpassung an den bisherigen Bonner Kurs im Grunde regierungsunfähig geworden ist! Die Partei ist durch Wehner und seine Gruppe gerade auf die Konzeptionen festgelegt worden, die von Monat zu Monat fragwürdiger, ja widersinniger werden.

Diese Entwicklung zwingt jetzt aber auch die SPD-Spitze zu einer neuen Anpassung an neue Gegebenheiten. Zumindest die weitsichtigeren Sozialdemokraten erkennen heute: Dies ist nicht die Stunde einer taktischen Gelegenheit, sondern einer historischen Chance! Aber die SPD kann diese Chance nur dann wahrnehmen, wenn sie wieder eine wirkliche Alternative zu den bisherigen Bonner Konzeptionen vertritt. Das Verlangen nach einer solchen Alternative ist größer denn je. Es wäre geradezu selbstmörderisch, wenn die deutsche Sozialdemokratie es weiterhin versäumen würde, zu einer solchen Alternative in der Sache zu werden. Und es wäre staatspolitisch verhängnisvoll: Denn das immer größer, immer gefährlicher werdende politische und auch psychologische Vakuum der Bundesrepublik verlangt dringend eine entschiedene, von breiten demokratischen Kräften getragene Kursänderung in Bonn. Und wenn die Sozialdemokraten wohl beraten sind, dann spüren sie, daß sich in der Stimmung ihrer Wähler in den vergangenen Monaten einiges geändert hat. Die SPD hat ihre Wahlkämpfe immer wieder mit einer Parole geführt, mit der sie sich von der CDU unterscheiden wollte, ohne sich von ihr doch wirklich unterscheiden zu wollen: „Dasselbe anders“, so hieß es. Mögen die Wähler lange Zeit vor allem von dem scheinbar beruhigenden „dasselbe“ angezogen worden sein — heute, und je länger desto mehr, werden sie auf das „anders“ achten!

Was die Außen- und die mit ihr ja stets unmittelbar verknüpfte Deutschland-Politik betrifft, hat Sebastian Haffner in dem schon erwähnten Fernsehgespräch einen bedenkenswerten Hinweis gegeben:

„Also meiner Meinung nach ist das allererste und wichtigste, daß man den Fehler von 1955 wieder rückgängig macht. Man muß aus der Einordnung der beiden deutschen Teilstaaten in zwei entgegengesetzte Bündnissysteme heraus, solange sie darin bleiben, ist nichts zu machen, denn zwei Teile eines Staates können nicht gegeneinander militärisch verbündet sein. Man muß zweitens — man kann nur heraus aus der Bündnisfrage — und man muß in diesem Zusammenhang endlich eine tatsächliche Friedensregelung finden, d. h. einen Ausgangspunkt, der innere und äußere Verhältnisse in Deutschland wieder reinlich scheidet. Augenblicklich ist ja das Paradoxe das, daß die deutsche Innenpolitik gewissermaßen amerikanische und russische Außenpolitik ist. Davon muß man weg. Es muß ganz klar werden: Also da ist ein Schlußstrich gezogen, Deutschland im ganzen hat die und die Verpflichtungen und die und die Grenzen und innerhalb dieser Grenzen und dieser Verpflichtungen sind die Deutschen wieder Herr im eigenen Haus. Dann kommt das Dritte, nämlich das innenpolitische Zusammenarbeiten der getrennt gewordenen Staaten. Komischerweise stelle ich mir das gar nicht so schwer vor, wie manche Leute es tun. Ich kann nicht sehen, daß es unmöglich sein soll, innerhalb desselben föderativen Staates sozialistisch geleitete Länder und kapitalistisch geleitete Länder zu haben.“

Haffner kennt freilich auch die „gesamtdeutsche“ Mentalität gut genug, um die

DIE LAGE

zu überwindenden Schwierigkeiten zu sehen, die nicht nur politisch und ideologisch, sondern auch psychologisch bedingt sind. Er sagt von den deutschen Kommunisten, daß sie die guten und auch leider die sehr schlechten Eigenschaften aller Deutschen hätten:

„Sie sind Pedanten, sie sind Doktrinäre, sie nehmen ihre eigenen ideologischen Vorurteile und das, was sie sich dabei denken, furchtbar ernst. Aber, das hoffe ich, und ich möchte fast sagen: Ich bete zu Gott, daß die Deutschen, nach allem, was sie durchgemacht haben, endlich lernen, ein bißchen Humor und Toleranz im Umgang miteinander zu zeigen und ihre Ideologien nicht ganz so ernst zu nehmen.“

Man sollte sich keine Illusionen darüber machen, wie weit wir zu unserem eigenen und vor allem „gesamtdeutschen“ Schaden davon noch entfernt sind. Auf beiden Seiten. In der Bundesrepublik hat der neue Minister Barzel die Rolle des antikommunistischen Wanderpredigers und Erzfeindes jeglicher Kontakte zur DDR übernommen. In der DDR wird weiterhin eine politische Koexistenz der beiden deutschen Staaten befürwortet; und man sollte gerade jetzt die Verantwortlichen in Ost-Berlin beim Worte nehmen, ehe es zu einer weiteren verhängnisvollen Verhärtung auch ihrer Haltung gekommen ist. (Eine solche zeichnet sich bereits ab: so wurde in einem Kommentar des Deutschland-Senders vom 26. April die DDR mit Emphase als der einzige „rechtmäßige“ deutsche Staat bezeichnet, eine These, die, wie die entsprechende westdeutsche, eine Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten sehr erschweren und eine Konföderation zwischen ihnen nahezu unmöglich machen muß!) Gleichzeitig wird aber mit einem schon geradezu kreuzzüglerischen blindwütigen Eifer eine ideologische Koexistenz zwischen den beiden Staaten und Gesellschaftssystemen bekämpft. Diese Haltung der DDR ist gewiß nicht ermutigend für diejenigen in der Bundesrepublik, die aus Einsicht für eine „koexistenzielle“ Lösung des Deutschland-Problems eintreten. Und sich darüber im klaren sind, daß beiden Staaten und Gesellschaftssystemen, über die Unerläßlichkeit der menschlichen Kontakte hinaus, ein lebendiger geistiger Austausch nur nutzen kann; ja, daß beide Teile Deutschlands auf eine wechselseitige Befruchtung angewiesen sind, wollen sie nicht im spätkapitalistischen bzw. „sozialistischen“ Provinzialismus verkümmern, ersticken! Aber wenn jene Tendenzen in der DDR uns nicht gerade ermutigen, wir sollten uns von ihnen doch auch nicht entmutigen lassen, vielmehr unseren eigenen Willen zu illusionsloser und doch zukunfts-offener Koexistenz in Deutschland glaubwürdig demonstrieren. Solange es an solchen entschiedenen Bekundungen unseres eigenen Willens zur politischen und ideologischen Koexistenz derart fehlt wie bisher, haben wir kein Recht, uns über gewiß problematische Tendenzen in Ost-Berlin zu beklagen. Die letzteren werden sich nur durch eine überzeugende Bereitschaft der Bundesrepublik zu sachlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands eindämmen lassen.

V

Zu den denkwürdigen Ereignissen dieser Jahre gehört, das darf man ohne Übertreibung sagen, die am Gründonnerstag 1963 von Papst Johannes XXIII. erlassene Enzyklika „Pacem in terris“. Sie hat weit über den Kreis der katholischen Gläubigen hinaus Beachtung und auch auf nicht-katholischer Seite unverhohlene Zustimmung gefunden (vgl. dazu die Auszüge in den „Dokumenten zum Zeitgeschehen“ dieses Heftes.) Das Dokument verdient mehr als eine im engen Sinne tagespolitisch-taktische Ausmünzung, wie sie ihm derzeit von verschiedenen Seiten zuteil wird. Um nicht mißverstanden zu werden: Gerade daß diese Enzyklika so unmittelbar zu den Lebensfragen der heutigen Menschheit Stellung nimmt und so nachdrücklich zu einem „Sicheinlassen“ jedes einzelnen

auf diese Lebensfragen auffordert, macht ihre Bedeutung aus. Sie tut es in einem ungewohnt sachlich-nüchternen, „welthaften“ Ton und Stil. Mit Recht hat man hervorgehoben, welch' außerordentliche Impulse für die so notwendigen und doch auch so schwierigen Bemühungen um eine allgemeine A b r ü s t u n g in der Welt von ihr ausgehen. So haben auf der Genfer Abrüstungskonferenz mehrere Sprecher die Enzyklika ausdrücklich erwähnt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Doch man wird gerade diesem Eintreten Johannes' XXIII. für die Abrüstung nur dann voll gerecht, wenn man es im Rahmen seiner „Gesamtkonzeption“ sieht. Diese Enzyklika fordert mehr als „bloße“ A b r ü s t u n g und K o e x i s t e n z. Sie fordert vielmehr, was man a k t i v e Koexistenz nennen kann. Oder, um es mit dem Titel eines Abschnittes der Enzyklika selbst zu sagen: sie ruft auf zu „tätiger Solidarität“. Einer Solidarität im w e i t w e i t e n Maßstabe. Das ist das so überaus Eindrucksvolle, ja, wir sagen es als Protestant mit aller nun einmal gegebenen Distanz, Bewunderungswürdige dieses päpstlichen Appells. Johannes XXII. ruft auf nicht einfach nur zu einem Nebeneinander der verschiedenen Völker, Rassen, Staaten, Gesellschaftssysteme, sondern zu einem aufrichtigen Miteinander. Er erinnert an die furchtbare Not in den sogenannten „Entwicklungsländern“ und fordert gemeinsame Anstrengungen zur Hebung ihres Lebens- und Bildungsstandards. Dem entspricht eine erstaunlich positive Beurteilung, ja sozusagen eine päpstliche Sanktionierung der Vereinten Nationen und das Drängen auf einen Ausbau der Weltorganisation. So ist diese Enzyklika eine „K o o p e r a t i o n s - E n z y k l i k a“. Ihr Horizont ist die e i n e unteilbare Menschheit, die doch gerade erst beginnt, den Krieg ein für allemal abzuschaffen, mit vereinten Anstrengungen die unermeßliche Not in vielen Teilen der Erde aufzuheben und so eine wirklich menschenwürdige Welt-Völker-Gemeinschaft zu werden.

(Abgeschlossen am 8. Mai 1963)

Karl Graf von Westphalen

Zur Friedensenzzyklika Papst Johannes' XXIII.

Die Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „Pacem in terris“*) ist von vielen Seiten, insbesondere von zahlreichen Politikern, als „geschichtliches Dokument“ bezeichnet worden. Wenn diese Feststellung besagen soll, daß die päpstliche Enzyklika ein Dokument darstellt, das gestaltend in den Lauf der Geschichte eingreifen will, so ist diese Wertung allerdings unbestreitbar; aber zugleich ist sie doch in gewisser Weise — wie sich gerade an der eigentümlichen Unverbindlichkeit der zitierten Formulierung zeigt — auch ein Zeugnis der Ratlosigkeit und des Unverständnisses. Der Präsident der Vereinigten Staaten, selbst Katholik, hat Zeitungsberichten zufolge erklärt, er stimme jedem Satz der Enzyklika zu; an dieser Äußerung wird das — angesichts der Größe und Bedeutung des päpstlichen Rundschreibens gewiß erklärliche — Unverständnis ganz offensichtlich. Denn es geht überhaupt nicht um bloße Zustimmung. Es wäre eine völlige Verfehlung des Sinnes der Enzyklika, sich nur intellektuell mit ihren Aussagen auseinander-

*) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen“ in diesem Heft.